

Germany-Frankfurt-on-Main: Urban planning services

OJ S 115/2018 19/06/2018

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadtkämmerei Zentraleinkauf

Postal address: Paulsplatz 9

Town: Frankfurt am Main

NUTS code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt

Postal code: 60311

Country: Germany

E-mail: ausschreibungsservice@stadt-frankfurt.de

Telephone: +49 69-212-71913

Fax: +49 69-212-30721

Internet address(es):

Main address: www.vergabe.stadt-frankfurt.de

Address of the buyer profile: www.vergabe.stadt-frankfurt.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://vergabe.stadt-frankfurt.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-1633f979af3-6a9d00f3b4531a6f

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: www.vergabe.stadt-frankfurt.de

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Stadtteilmanagement incl. Modernisierungsberatung Höchst [LDL025]

Reference number: 20-2018-00015

II.1.2. Main CPV code

71410000 Urban planning services

II.1.3.

Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Stadtteilmanagement inclusive Modernisierungsberatung Stadtteil Höchst.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

75131000 Government services, 75130000 Supporting services for the government, 79421000 Project-management services other than for construction work, 79421100 Project-supervision services other than for construction work, 79421200 Project-design services other than for construction work, 79416000 Public relations services, 71200000 Architectural and related services, 71530000 Construction consultancy services, 71210000 Advisory architectural services, 79415200 Design consultancy services, 71310000 Consultative engineering and construction services, 71312000 Structural engineering consultancy services, 71314300 Energy-efficiency consultancy services, 71315210 Building services consultancy services, 79419000 Evaluation consultancy services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Frankfurt am Main / Stadtteil Höchst

II.2.4. Description of the procurement

Im Rahmen der Fortführung des Förderprogramms Innenstadt Höchst sucht die Stadt Frankfurt am Main ein Stadtteilmanagement, dessen Aufgabe die Programmumsetzung und -begleitung sein wird.

Für die kommenden 5 Jahre soll der Fokus auf der Stärkung des Standorts in seiner zentralen Funktion liegen. Die Aktivitäten im Bereich Einzelhandel/Gewerbe/Dienstleistung sollen deutlich verstärkt werden mit dem Ziel die Innenstadt Höchst, die von Funktionsverlusten – insbesondere gewerblichem Leerstand – betroffen oder bedroht ist, als Standort für Wirtschaft und Kultur sowie als Ort zum Wohnen, Arbeiten und Leben zu erhalten und zu entwickeln. Ein Schwerpunkt wird es sein, Impulsprojekte für eine nachhaltige Entwicklung von Höchst anzustoßen bzw. zu unterstützen und eine breite Mitwirkungsbereitschaft vor allem der privaten Akteure – auch im Hinblick auf Folgeinvestitionen – auszulösen.

Im Bereich Projektmanagement begleitet das Stadtteilmanagement die Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung von Projekten und Maßnahmen. Eine stetige Erfolgskontrolle und die Einbettung in die übergeordnete Prozessstruktur leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Programmerfolgs.

Das Stadtteilmanagement übernimmt eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen Verwaltung und den Akteuren im Stadtteil, begleitet Abstimmungsprozesse und sorgt für einen kontinuierlichen Informationstransfer zwischen allen Beteiligten im Prozess.

Für die erfolgreiche Fortführung des Förderprogramms ist es erforderlich, dass sich das Stadtteilmanagement fest im Stadtteil etabliert und ein engmaschiges Kontakt Netzwerk knüpft. Die Präsenz im Stadtteil und Fortführung eines Stadtteilbüros, als niedrigschwellige Anlaufstelle für die Stadtteilakteure, in der sie Ansprechpartner und Beratungsangebote vorfinden, ist unverzichtbar.

Ergänzt wird die Arbeit im Stadtteilbüro durch aufsuchende Arbeit, Mitwirkung an Gremienarbeit, Abstimmungen mit dem Stadtplanungsamt und weiteren Projektbeteiligten. Die Unterstützung selbsttragender Aktivitäten aus dem Stadtteil ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor zur Stärkung des Standortes.

Eine individuelle immobilienwirtschaftliche Beratung der Eigentümer soll zudem neue Nutzungsoptionen aufzeigen und dazu beitragen, Leerstände und unerwünschte Nutzungen zu vermeiden. Insbesondere durch die Aktivierung von Schlüsselliegenschaften können so starke Impulse für die Entwicklung der Innenstadt Höchst gesetzt werden.

Neben der immobilienwirtschaftlichen Beratung stellt die Förderung von Maßnahmen zur Umgestaltung von gewerblich genutzten Erdgeschosszonen einen weiteren entscheidenden Baustein dar um minder- oder fehlgenutzte sowie leerstehende Erdgeschosszonen zu aktivieren. Hierzu wird eine entsprechende Förderrichtlinie erarbeitet.

Finanzielle Anreize für notwendige Investitionen zur Erhaltung und Aufwertung der vorhandenen Bausubstanz und des Stadtbildes sollen dazu betragen Gewerbeflächen attraktiver zu gestalten, bewährte Nutzungen zu verstetigen und Leerstand zu beseitigen. Um Eigentümer zu motivieren und sie in die Lage zu versetzen, ein tragfähiges Konzept für ihren Gebäudebestand zu entwickeln, soll eine Modernisierungsberatung zur Verfügung gestellt werden, die die Eigentümer unabhängig zu baulichen Fragen berät.

Das Stadtteilmanagement soll im Kern die folgenden Aufgaben bearbeiten:

- Projektsteuerung und Controlling,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Arbeit vor Ort,
- Zusammenarbeit, Abstimmung und Berichterstattung,
- Beteiligung, Moderation und Mediation,
- Modernisierungsberatung.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Strategie und konzeptionelles Vorgehen bei der Bearbeitung des Auftrages (Konzept) / Weighting: 40,00

Quality criterion - Name: Ausführungen zum Projektteam / Weighting: 30,00

Quality criterion - Name: Präsentation / Weighting: 20,00

Price - Weighting: 10,00

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/01/2019 End: 31/12/2020

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Vertrag kann mit einer Frist von 2 Monaten zum Vertragsende um jeweils ein Kalenderjahr durch den Auftraggeber verlängert werden. Er endet spätestens nach dreimaliger Verlängerung.

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Bieter erfolgt nach formaler Prüfung der Teilnahmeanträge unter den Bewerbern, die geeignet sind, anhand folgender Kriterien unter Berücksichtigung der zum Nachweis der Eignung geforderten Unterlagen:

Referenzprojekte: Jede wertungsfähige Referenz wird anhand folgender Unterkriterien mit der angegebenen Gewichtung und den Maßgaben zu der Punkteverteilung bewertet:

- 1) Unterkriterium „Erfahrungen im Bereich Stadtteilmanagement“ (Gewichtung 30 %)
- 2) Unterkriterium „Erfahrungen aus dem Bereich der Stärkung und Weiterentwicklung von Innenstädten und Ortsmitten oder vergleichbarere Projekte“ (Gewichtung 30 %)
- 3) Unterkriterium „Moderations- und Kommunikationserfahrung sowie Erfahrungen aus dem Bereich Mediation“ (Gewichtung 10 %)
- 4) Unterkriterium „Erfahrungen mit städtebaulichen Förderprogrammen und integrierter Stadtteilentwicklung“ (Gewichtung 30 %)

Der erzielte Durchschnittswert der zwei besten Referenzen fließt in die Bewertung ein.

Das Bewertungssystem zu den o.g. Unterkriterien ist in den Vergabeunterlagen (Anlage) „Ergänzende Bewerbungsbedingungen“ enthalten.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Aktueller Auszug (nicht älter als 90 Tage) aus dem Handelsregister oder vergleichbarer Nachweis über die Erlaubnis der Berufsausübung. Bei Unternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, ist stattdessen eine rechtsverbindliche Eigenerklärung zu Geschäftszweck und Vertretungsregelung vorzulegen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Allgemeiner Hinweis: Für die geforderten Erklärungen ist das den Vergabeunterlagen beigefügte Formblatt mit der Bezeichnung „Teilnahmeantrag“ zu verwenden.

— Eigenerklärung zur bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Versicherer bzw. Erklärung, dass im Beauftragungsfall eine Versicherung in geforderten Umfang und Höhe (siehe Mindeststandards) abgeschlossen wird. Vor Zuschlagserteilung muss ein Nachweis der Versicherung vorgelegt werden,

— Eigenerklärung zum Netto-Gesamtjahresumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren und zum Netto-Jahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, – d. h. ausschließlich für die den unter Ziffer II.2.4. ausgeschriebenen Leistungen entsprechenden Tätigkeiten – bezogen auf die Niederlassung, die im Auftragsfall zuständig ist.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit Folgenden Mindestdeckungssummen:

- für Personen- und Sachschäden: 2 Millionen EUR sowie,
- für Vermögensschadensversicherung: 2 Millionen EUR.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Allgemeiner Hinweis: Für die geforderten Erklärungen ist das den Vergabeunterlagen beigefügte Formblatt mit der Bezeichnung „Teilnahmeantrag“ zu verwenden, soweit mit dem Teilnahmeantrag keine Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorgelegt wird.

- 1) Darstellung des Unternehmens
- 2) Angaben zu den durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre und zu den durchschnittlichen Beschäftigungszahlen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren zum Tätigkeitsbereich des Auftrags, – d. h. ausschließlich für die den ausgeschriebenen Leistungen entsprechenden Tätigkeiten – bezogen auf die Niederlassung, die im Auftragsfall zuständig ist
- 3) wertungsfähige Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge
- 4) Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt

Details siehe Anlage „ergänzende Bewerbungsbedingungen“ als Teil der Vergabeunterlagen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Es müssen mindestens 3 wertungsfähige Referenzen zu vergleichbaren Projekten eingereicht werden.

Eine Referenz muss den Betrieb eines Stadtteilbüros nachweisen. Wird der Betrieb eines Stadtteilbüros nicht anhand einer Referenz nachgewiesen, führt dies zum Ausschluss des Teilnahmeantrags.

Nachunternehmereinsatz: Die Erbringung der Leistungen der Projektleitung müssen vom Bieter selbst oder im Falle einer Bietergemeinschaft von einem Mitglied der Bietergemeinschaft erbracht werden.

Details siehe Anlage „ergänzende Bewerbungsbedingungen“ als Teil der Vergabeunterlagen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Teilnahmeberechtigt sind Architekten, Ingenieure und Beratende Ingenieure.

- 1) Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt oder die Berufsbezeichnung Ingenieur oder die Berufsbezeichnung Beratender Ingenieur zu tragen oder wenn sie nach den EU-Richtlinien berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt, Ingenieur oder Beratender Ingenieur tätig zu werden.
- 2) Juristische Personen werden zugelassen, wenn die Durchführung der Aufgabe durch einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehend Absatz erfolgt.
- 3) Bei Bewerbungsgemeinschaften muss mindestens ein Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.

III.2.2. Contract performance conditions

- 1) Verpflichtung, im Auftragsfall ein Büro/eine Niederlassung vor Ort zu haben.
- 2) Eine Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz ist vorzulegen.

3) Für die Erbringung der Dienstleistung Modernisierungsberatung ist eine Bauvorlagenberechtigung für den projektverantwortlichen Architekten nach § 49 Abs. 3 und 4 Nr. 1 oder 2 Hessische Bauordnung (HBO) vorzulegen.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 16/07/2018 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

Für die geforderten Erklärungen ist das den Vergabeunterlagen beigelegte Formblatt mit der Bezeichnung „Teilnahmeantrag“ zu verwenden soweit mit dem Teilnahmeantrag keine Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorgelegt wird.

- 1) Eigenerklärung, dass Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB nicht vorliegen
- 2) Eine Bietergemeinschaft muss einen Handlungsbevollmächtigten/ Vertretungsbevollmächtigten benennen. Sie muss bei der Auftragsvergabe gesamtschuldnerisch haften. Eine entsprechende Erklärung ist vorzulegen.
- 3) Nachfordern fehlender/fehlerhafter Erklärungen/Nachweise:
Fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogenen Unterlagen bzw. fehlende oder unvollständige rein leistungsbezogene Unterlagen können vom Auftraggeber von allen betroffenen Bewerbern/Bewerbergemeinschaften unter Setzung einer Frist gemäß § 56 Abs. 4 VgV nachgefordert werden.
- 4 Eignungsleihe:
 - Für den Fall, dass Bewerber zum Nachweis der eigenen Eignung auf die Ressourcen/Mittel von dritten Unternehmen verweisen, kann das den Vergabeunterlagen beigelegte Formular „Verpflichtungserklärung für dritte Unternehmen“ verwendet werden. Eine andere Form des Nachweises ist ebenfalls zulässig,
 - Die Eignung dieser dritten Unternehmen muss anhand derjenigen Eignungsnachweise nachgewiesen werden, die der Bewerber anstelle eigener Eignungsnachweise angibt/angeben,
 - Ferner ist eine Eigenerklärung des dritten Unternehmens vorzulegen, wonach bei diesem keine Ausschlussgründe nach § 123 und 124 GWB vorliegen. Diese ist Teil der Verpflichtungserklärung im Formblatt „Teilnahmeantrag“,
 - Erfüllt das dritte Unternehmen das/die entsprechenden Eignungskriterien nicht oder liegt ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB vor, muss der Bewerber /Bewerbergemeinschaft das Unternehmen innerhalb einer Frist von 6 Tagen ersetzen,
 - Der Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 letzter Satz VgV),
 - Nimmt der Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so müssen der Bewerber und das andere Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam haften. Dem Teilnahmeantrag ist eine Erklärung beizulegen, wie die gemeinsame Haftung im Auftragsfall sichergestellt ist.
- 5) Nachunternehmereinsatz: Soweit Bewerber/Bewerbergemeinschaften beabsichtigen, Nachunternehmer (ohne Eignungsleihe) einzusetzen, sind diese erst in der Angebotsphase zu benennen. Wegen der weiteren Anforderungen wird auf die Vergabeunterlagen der Angebotsphase verwiesen.
- 6) Mehrfachbeteiligung: Bei einer Mehrfachbeteiligung von Bietern als Einzelbieter und/oder Mitglied einer/mehrerer Bietergemeinschaft/en sowie von Unterauftragnehmern, wird der Auftraggeber einzelfallbezogen entscheiden, ob ein Ausschluss unter dem Gesichtspunkt einer Wettbewerbsbeeinflussung geboten ist.
- 7) Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften aus zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bewerbern/Bewerbergemeinschaften führt in jedem Fall zwingend zum Angebotsausschluss.
- 8) Die den Vergabeunterlagen beigelegten Dokumente (Anlagen) sind vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der Teilnahme am Vergabeverfahren zu verwenden. Nach Abschluss des Verfahrens sind die Unterlagen zu vernichten.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1.

Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt,
Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4

Postal address: Wilhelminenstr. 1-3

Town: Darmstadt

Postal code: 64283

Country: Germany

Fax: +49 6151-12-5816

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit.

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

VI.5. Date of dispatch of this notice

15/06/2018